

# OSNABRÜCKER JAHRBUCH FRIEDEN UND WISSENSCHAFT 26 • 2019

## »IM ZEICHEN DER FREIHEIT«

Asfa-Wossen Asperate Jörg Baudner Karin Betz Josef Braml Roland Czada  
Anke Domscheit-Berg Stefan Hanheide Christoph König Julia Krüger Dana Landau  
Andrea Lenschow Liao Yiwu Susan Neiman Wolfgang Petritsch Bernhard Pörksen  
Jan Pollex Markus Potzel György Széll Welf Werner Herbert Wiesner



VER unipress

**Osnabrücker Jahrbuch  
Frieden und Wissenschaft  
26 / 2019**

Veröffentlichung des Universitätsverlags Osnabrück bei V&R unipress

# **Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 26 / 2019**

**›IM ZEICHEN DER FREIHEIT‹**

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2018
- MUSICA PRO PACE 2018
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und der Präsidentin der  
Universität Osnabrück

**V&R unipress**

***Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2018-2019***

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)  
Dr. Henning Buck, Univ. Osnabrück (Redaktion Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft)  
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)  
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)  
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück  
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Rea Krakowitzky M.A., Universität Osnabrück (Mitarbeiterin der Geschäftsführung)  
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)  
Prof. Dr. Andrea Lenschow, Sozialwissenschaften, Universität Osnabrück  
Dr. Janina Majerczyk, Universität Osnabrück (Geschäftsführung Osnabrücker Friedensgespräche)  
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück  
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Chadi Touma, Biologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück

*Verantwortlicher Redakteur:* Dr. Henning Buck

*Redaktionelle Mitarbeit:* Joachim Herrmann, Jutta Tiemeyer, Dr. Michael Pittwald

*Bucheinband:* Bruno Rothe / Tefvik Goektepe unter Verwendung eines Fotos von Adobe Stock, MXW Photography.

*Für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2018-2019 danken wir*

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

*Redaktionsanschrift:* Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche

Universität Osnabrück, Neuer Graben 29 / Schloss, D-49074 Osnabrück

Tel.: + 49 (0) 541 969 4010, E-Mail: [ofg@uni-osnabrueck.de](mailto:ofg@uni-osnabrueck.de)

Internet: [www.friedensgespraeche.de](http://www.friedensgespraeche.de)

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Aufl. 2019

© 2019 Göttingen, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen, mit Universitätsverlag Osnabrück. Alle Rechte vorbehalten.

Printed in the EU: Hubert & Co. GmbH & Co. KG BuchPartner, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen.

**Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)**

ISSN 0948-194X

ISBN 978-3-8471-1041-5

## Inhalt

Vorwort der Herausgeber. . . . .	7
----------------------------------	---

Editorial . . . . .	9
---------------------	---

### I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2018

<i>Digitale Medien: Wer beherrscht die »fünfte Gewalt«?</i> Mit Bernhard Pörksen, Anke Domscheit-Berg, Julia Krüger . . . . .	15
--	----

<i>Liao Yiwu und die Freiheit der Literatur</i> Mit Beiträgen von Karin Betz, Christoph König, Liao Yiwu und Herbert Wiesner. . . . .	43
---	----

<i>Frieden machen! Wie Kriege beendet werden und wie Frieden gelingen kann</i> Mit Wolfgang Petritsch, Markus Potzel, Dana Landau. . . . .	71
---	----

<i>America first! – Trumps Präsidentschaft: Was bringt sie seinem Land und der Welt?</i> Mit Susan Neiman, Welf Werner, Josef Braml . . . . .	101
--	-----

### II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2018

Stefan Hanheide, Osnabrück »1918« – Werke von Maurice Ravel und Johannes Brahms . . . . .	127
--	-----

### III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Asfa-Wossen Asperate, Frankfurt am Main <i>Afrika wohin? – Politik, Wirtschaft und Migration</i> . . . . .	135
---	-----

Inhalt

---

György Széll, Osnabrück

*Sind die Freiheitsrechte universal?* . . . . . 149

Roland Czada, Osnabrück

*Die Freiheit anders Denkender. Voraussetzungen und Möglichkeiten  
einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaftsordnung* . . . . . 175

Andrea Lenschow, Jörg Baudner und Jan Pollex, Osnabrück

*Das umkämpfte Gut der Freiheit in der Europäischen Union* . . . . . 191

**IV. ANHANG**

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren . . . . . 207

Abbildungsnachweis . . . . . 213

## Vorwort der Herausgeber

Vor 30 Jahren, im Frühjahr 1989, begann eine immer stärker werdende Bewegung von Studierenden in Peking, öffentlich gegen die Regierung Chinas zu protestieren. Es ging gegen Korruption und Amtsmissbrauch der Machthabenden, gegen die Unterdrückung politischer Kritik und gegen die Alleinherrschaft der Staatspartei KPCH. Die Protestierenden verlangten, bereits eingeleitete Schritte einer wirtschaftlichen Liberalisierung auch in den politischen Raum hinein fortzusetzen. Studierende wollten eigene, unabhängige Organisationen gründen und Werk-tätige unabhängige Gewerkschaften. Doch im Juni des Jahres fanden die Hoffnungen auf weitergehende politische Veränderungen ein Ende, als Polizei und Militär den von Demonstranten besetzten Platz des Himmlischen Friedens mit Waffengewalt räumten und Flüchtende brutal verfolgten. Tausende sind dabei zu Tode gekommen oder wurden verletzt, genaue Zahlen sind nicht verbürgt.

Der aus politischen Gründen lange Zeit verfolgte und inhaftierte chinesische Schriftsteller *Liao Yiwu*, der seit 2011 in Berlin lebt, war als ein literarischer Chronist der 1989 niedergeschlagenen Proteste in Peking Podiumsgast bei einem unserer Osnabrücker Friedensgespräche, das somit ganz »im Zeichen der Freiheit« stand. Seine Vita wie seine Schriften machen zugleich anschaulich, wie gegenwärtig die Bedrohungen individueller Freiheit für Menschen, die von ihren Regierungen und Behörden zu Gegnern oder Feinden erklärt werden, auch in unserer Zeit sein können. Von einem »Sieg der Freiheit« in der Folge des weltpolitischen Umbruchs von 1989 kann angesichts aktueller Verfolgungen und Verhaftungen von Oppositionellen beispielsweise in der Türkei, im Sudan, in Russland, Iran oder in Hongkong nicht die Rede sein. Fälle wie der des Journalisten *Khashoggi*, der im saudi-arabischen Konsulat in Istanbul ermordet wurde, und vieler anderer KritikerInnen, MenschenrechtsaktivistInnen und *whistleblower*, deren Schutz und Unterstützung sich Organisationen wie »Reporter ohne Grenzen« oder »amnesty international« zur Aufgabe machen, zeigen die anhaltende Fragilität der Freiheit von Meinungsäußerung und Information, der Freiheit des Aufenthalts und ungehinderter Bewegung, und die fortgesetzte Bedrohung des Anspruchs auf körperliche Unversehrtheit.

Auch in Deutschland wird Meinungsfreiheit bedroht: Uns empören politisch motivierte Gewalttäter, die Politikerinnen und Politikern nach dem Leben trachten, wenn diese den allfälligen Warnungen vor der Überfremdung des Landes öffentlich hörbar widersprechen und sich zuversichtlich für die Integration von

Flüchtlingen einsetzen. Uns erschrecken auch Prügeleien im öffentlichen Raum, Hetzjagden und Messerattacken, die den inneren Frieden in diesem Land zu verspielen drohen. Verbale Angriffe persönlicher, politischer und religiöser Färbung, Herabsetzungen und Beleidigungen, wie sie die ›sozialen‹ Medien transportieren, kommen erschwerend hinzu. Davon ist vieles erlaubt, durch das Grundrecht der freien Meinungsäußerung, auch der Kunstfreiheit, gedeckt. Doch zeigt sich hier nicht zuletzt der dialektische Charakter der Freiheit, die wir als Errungenschaft und Versprechen der Gegenwart in Europa schätzen: Die Freiheit Einzelner kann nur so weit reichen, wie die Freiheit der Nächsten unverletzt bleibt. Oft muss darüber im Einzelfall die Justiz urteilen, denn Übertretungen gesellschaftlich tolerierter Verkehrsformen und Verstöße gegen die Zivilität werden in provokativer Absicht immer öfter geradezu gesucht. Das sind Krisenzeichen in freiheitlich-demokratischen Gesellschaften; wir müssen nach Antworten suchen.

Unter dem *Zeichen der Freiheit* versammelt der vorliegende, 26. Band des Jahrbuches der Osnabrücker Friedensgespräche insbesondere Fälle und Aspekte der Bedrohung individueller Freiheit(en) ebenso wie Reflexionen über die Auswirkungen jener Freiheiten, von denen Staatenlenker unter Aufkündigung langjährig bestehender Vereinbarungen und Verträge Gebrauch machen.

Wir wünschen eine interessante Lektüre und danken allen Beteiligten herzlich für ihre Beiträge.

Osnabrück, im November 2019

Wolfgang Griesert  
Oberbürgermeister

Prof. Dr. Susanne Menzel-Riedl  
Präsidentin der Universität

## Editorial

›Im Zeichen der Freiheit‹ – Was so eingängig klingt, ein bisschen feierlich sogar, entfaltet bei näherem Hinsehen durchaus widersprüchliche Dimensionen. Wird Freiheit wie hier als ›Zeichen‹ aufgerufen, steht es für eine Hoffnung, für ein Versprechen, ein Ideal. Der in China geborene Schriftsteller *Liao Yiwu*, der nach lang andauernder Haft sein Heimatland verließ, erkämpfte sich seine Bewegungsfreiheit ganz praktisch zurück und lebt nun in Deutschland. Als Gast eines Osnabrücker Friedensgesprächs stellte er sein Buch *Die Wiedergeburt der Ameisen* vor und sprach darüber – auch bei intermittierenden Darbietungen seines Flötenspiels eindrucksvoll – mit *Herbert Wiesner*, *Karin Betz* und *Christoph König*.

Uns Deutschen sind die Freiheitsrechte im *Grundgesetz* garantiert, ergänzt um jene weiteren in der *Charta der Grundrechte der Europäischen Union*, die mit Inkrafttreten des EU-Vertrags von Lissabon 2009 rechtswirksam wurde. Auch sie sind zunächst Anspruch und Ziel, müssen im Zweifel durchgesetzt werden, sind nicht zwingend praktische Realität. Unsere individuellen Freiheitsrechte umfassen bekanntlich so schätzenswerte Güter wie das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, eine allgemeine Freizügigkeit, die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, die Presse-, Kunst-, Wissenschafts- und generell die Meinungsfreiheit einschließlich der Religions-, Weltanschauungs- und Gewissensfreiheit und nicht zuletzt den Schutz des Eigentums und der Privatsphäre, d.h. die Unverletzlichkeit der Wohnung, des Post- und Fernmeldegeheimnisses und der sogenannten informationellen Selbstbestimmung. Kaum zu bestreiten ist indessen, dass diesen Rechten auch Einschränkungen und Rücknahmen drohen, auch durch Gesetzgebung, Exekutive oder judikative Staatsorgane. Über deren Zulässigkeit, Verhältnismäßigkeit oder auch Rechtswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht, so fern dort Klage erhoben wird.

Freiheit ist aber nicht bloß durch das Nichtvorhandensein von Einschränkungen gegen sie bestimmt. *Praktisch* wird Freiheit durch ihre Inanspruchnahme, d.h. wenn sie ausgeübt wird, insbesondere öffentlich sicht- bzw. wahrnehmbar. Dazu bieten sich in der Moderne neue Medien, die stetig weiterentwickelt werden. Buch, Radio und Fernsehen waren gestern noch beherrschend, das Internet und die öffentlich-rechtlichen, privatwirtschaftlichen und die ›sozialen‹ Medien liegen mit ihren audiovisuellen Qualitäten und Möglichkeiten und ihrer Echtzeitpräsenz inzwischen vorn. Als Mediennutzerinnen und Mediennutzer sind wir allerdings in erster Linie *Zuschauer* jener Freiheit, von der andere Gebrauch machen. In Nachrichtenensendungen erfahren wir von problematischen bis desaströsen Vorgängen

und Ereignissen: Krisen in Staatenwelt, Ökonomie, innerer Sicherheit und Parteienlandschaft stehen obenan, Natur- und andere Katastrophen folgen. Unterhaltungsformate leuchten die Winkel menschlicher Existenz aus; so lehren Beispiele abträglichen Freiheitsgebrauchs im Umgang mit fremdem Eigentum und Leben uns Rechtschaffenheit; mutige Freiheitsbetätigungen mit *happy end* trösten virtuell und beglaubigen die Möglichkeiten eigenen Glücks. Dies ist auch die Mission der Produktwerbung. Und die Stars mit oft aufwendiger, pfauenhafter Persönlichkeitsentfaltung sowie *events* in Musik und Sport spielen als Medienereignisse stellvertretend für uns eigene denkbare Extravaganzen durch. Soweit, so bequem – aber so bescheiden auch. Vom Empfänger zum unbekümmerten Sender und damit einflussreich werden: damit frappieren uns dagegen Blogger wie *Rezo* und *@realDonaldTrump*.

Den aktuellen, unsere Kommunikationsweisen verändernden Entwicklungen im Internet gewidmet war das in Kooperation mit der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung veranstaltete Friedensgespräch *Digitale Medien: Wer beherrscht die ›fünfte Gewalt‹?*. Der Tübinger Medienwissenschaftler *Bernhard Pörksen*, die Netzpolitikerin *Anke Domscheit-Berg* und die Politikwissenschaftlerin *Julia Krüger* diskutierten unter Leitung von *Volker Lüdemann*, Leiter des Niedersächsischen Datenschutzzentrums, über die Überwältigungskapazität dieser Medien und mögliche gesetzgeberische Regulierungen. Zu fordern und zu fördern sei eine ›redaktionelle‹ Kompetenz der Menschen, mit diesen Medien angemessen umzugehen, und unbedingt zu sichern sei Informationsfreiheit im Netz.

Wenn audiovisuelle Medien und besonders das Internet an der virtuellen Verdoppelung der Welt arbeiten, so stehen doch Übertretungen und Übertreibungen, die hier für *action*, Spaß und Nervenkitzel sorgen, im wirklichen Leben schnell unter Verdacht. Im öffentlichen Diskurs heißt es dann, es drohe der ›Zerfall der Gesellschaft‹, eine ›Spaltung Europas‹ oder gleich ein Untergang in Gewalt und Terror. Gewarnt wird vor individualistischem Eigensinn und gemeinschaftsschädlichem Egoismus. Von entsprechenden Vorhaltungen ist keine soziale Gruppe ausgenommen, ob arm oder reich, ob deutsch seit Geburt oder nicht, selbst zivilisiert demonstrierende Schulkinder nicht, denn sie verstoßen gegen Schulpflicht und sind respektlos gegenüber dem Bildungsauftrag ihrer Anstalten. So sorgen vieltönige, ins Innere der Gesellschaft gerichtete Aufrufe gegen einen vermeintlichen ›Missbrauch‹ der Freiheit durch jene, die sie nicht verdienen, für einen eiligen politischen Klimawandel in vielen Demokratien, einen Hang zur Restriktion, eine Tendenz zur Unfreiheit und für ein weit verbreitetes Krisenempfinden. Warum verfängt das eigentlich? Ein Erklärungsversuch:

»Man kann den Prozess der Modernisierung in den vergangenen 200 Jahren als Ablösung der Gemeinschaft durch die Gesellschaft beschreiben. Gemeinschaften drücken dem Einzelnen ihren Prägestempel sehr viel stärker

auf als Gesellschaften. Der Übergang zur Gesellschaft schafft Freiräume und Freiheiten. Das Paradoxe an dieser Entwicklung ist, dass der Zuwachs an Freiheit oft mit einer nostalgischen Sehnsucht nach der Geborgenheit früherer Gemeinschaften einhergeht.«<sup>1</sup>

Der Schritt zur strikten Sortierung des Restes der Welt in Freund und Feind ist da nur folgerichtig. *Donald Trumps* Amerika radikalisiert beispielhaft das Prinzip größtmöglicher politischer Souveränität=Entscheidungsfreiheit=Willkür: ›Alte Größe‹, angeblich verloren, wiederzuerlangen, heißt für die gegenwärtige US-Regierung, bisherige Usancen im Umgang mit anderen Nationen und internationalen Organisationen wie der UNO aufzukündigen und neu zu bestimmen. Das vom Präsidenten definierte US-Interesse soll uneingeschränkt und absolut gelten, Zwecke und Ziele anderer Staaten werden nicht als gleichberechtigt anerkannt – es sei denn, man kommt mit ihnen zu einem *deal*. Diplomatie und bestehende Verkehrsformen werden von Trump fortgesetzt desavouiert und durch ein propagandistisches, wirtschaftliches und politisches Kräfteressen abgelöst. All das gab Anlass für ein Friedensgespräch zum Thema *America first!* – *Trump's Präsidentschaft* und die Frage: *Was bringt sie seinem Land und der Welt?*, bei dem die deutsch-amerikanische Philosophin *Susan Neiman*, der Ökonom *Welf Werner* und der USA-Experte *Josef Braml* mit Moderator *Peter Schneck* diskutierten.

Der Titel eines weiteren Friedensgesprächs mochte da wie hoffnungsvolle Zukunftsmusik klingen: *Frieden machen! Wie Kriege beendet werden und wie Frieden gelingen kann*, hieß es am Osnabrücker Friedenstag, dem 25. Oktober 2018. Im Rahmen des Kongresses *Wendepunkte. Friedensende und Friedensanfang vom Dreißigjährigen Krieg bis zur Gegenwart* blickten der ehemalige Sonderbeauftragte der Europäischen Union für den Kosovo sowie Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, *Wolfgang Petritsch*, sowie *Markus Potzel*, Sonderbeauftragter der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan und früherer Deutscher Botschafter in Afghanistan, gemeinsam mit der Schweizer Friedens- und Konfliktforscherin *Dana Landau* und Moderator *Ulrich Schneckener* auf gegenwärtige Konfliktherde und diskutierten Erfahrungen der Beteiligten an dortigen Verhandlungen und implementierten Friedensprozessen.

Vier Beiträge zur Friedensforschung runden das Lektüreangebot dieses Jahrbuchs der Osnabrücker Friedensgespräche ab. Auch sie stehen unter dem Motto des Bandes *Im Zeichen der Freiheit*.

*Asfa-Wossen Asperate*, äthiopischer Prinz sowie Buchautor und Politikanalyst aus Frankfurt am Main, sprach in der Reihe *Osnabrücker Universitätsrede* unter der Fragestellung *Afrika wohin?* über *Politik, Wirtschaft und Migration* im Kontext eines höchst heterogenen Kontinents. Alle Staaten Afrikas haben »die Grundrechtecharta der Vereinten Nationen unterzeichnet und sich zu den Menschenrechten und zum Prinzip der Rechtsstaatlichkeit bekannt«, eine gemeinsame

Zukunft sei jedoch erst möglich, wenn es endlich zu einem »fairen globalen Handel« komme. Hieran müsse sich, so der Referent unter Berufung auf ein Wort von Bundespräsident a.D. *Horst Köhler*, »Europas Humanität beweisen«.

*György Széll* stellt seinem Beitrag die Frage voran: *Sind die Freiheitsrechte universal?* Der Soziologe skizziert die historische Entwicklung der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte*, in der die heute weithin anerkannten Grundfreiheiten verbrieft sind, geht der Entstehung des Freiheitsbegriffs nach und richtet sein besonderes Augenmerk auf das Verständnis der Freiheitsrechte in den Ländern und Kulturen Asiens. Die Freiheit, so ein Resümee, ist von vielen Seiten bedroht und stand »von Anfang an unter Druck«. Und: »Die neueste Bedrohung für die Freiheit ist die Künstliche Intelligenz«.

*Roland Czada* untersucht unter dem Titel *Die Freiheit anders Denkender* die »Voraussetzungen und Möglichkeiten einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaftsordnung«. Anknüpfend an das bekannte Wort *Rosa Luxemburgs* sei heute eine Feststellung unvermeidlich: »Der anders denkende Mensch offenbart sich im Internet nicht selten als Monster«. Dabei seien die Menschen im öffentlichen Leben, als Staatsbürger und -bürgerin oder Vereinsmitglieder »auf Verständigung und – wenn sie gemeinsam etwas erreichen wollen – auf wechselseitige Zustimmung angewiesen«. Gesellschaftlicher Pluralismus gedeihe »nur auf der Basis von klar darstellbaren Interessen und nicht auf der Basis von Ideologien und unberechenbaren Leidenschaften«.

Den Schlusspunkt dieses Bandes setzen die Politikwissenschaftler *Andrea Lenschow*, *Jörg Baudner* und *Jan Pollex* mit ihrem Beitrag *Das umkämpfte Gut der Freiheit in der Europäischen Union*. Hier geht es um die Genese der Freiheitsrechte in der EU und die Entwicklung liberaler Demokratien in Mittel- und Osteuropa im Kontext europäischer Integration. In einigen Ländern Osteuropas sind kontinuierliche Verstöße gegen EU-Werte und -Normen festzustellen, aber auch in Österreich und Italien gab es Normverletzungen. Die womöglich entscheidende Voraussetzung für eine Rückkehr zu demokratischen Normen seien hier soziale Mobilisierung und uneingeschränkte demokratische Beteiligungsrechte.

Das Konzert *musica pro pace* im November 2018 bot – in Zusammenarbeit mit dem Theater Osnabrück – 100 Jahre nach Ende des Ersten Weltkriegs Werke von *Maurice Ravel* und *Johannes Brahms* unter dem Titel »1918«. Im Anschluss an Werkeinführungen von *Stefan Hanheide* musizierte das *Osnabrücker Symphonieorchester* unter Leitung von Dirigent *Andreas Hotz* in der OsnabrückHalle für ein bewegtes und begeistertes Publikum.

Henning Buck

---

1    Herfried Münkler: Demokratie gibt es nur ganz – oder gar nicht. In: DIE ZEIT, 27. Dez. 2018, S. 10.

## ■ I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2018



Der Schriftsteller Liao Yiwu am 27. Juni 2018 in der Aula  
der Universität Osnabrück



Volker Lüdemann, Julia Krüger, Ulrika Engler, Direktorin der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Bernhard Pörksen, Bürgermeisterin Birgit Strangmann, Uni-Vizepräsidentin Martina Blasberg-Kuhnke, Anke Domscheit-Berg, Roland Czada (v.l.)

## **Digitale Medien: Wer beherrscht die ›fünfte Gewalt‹?**

Podiumsveranstaltung in Kooperation mit der  
Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung  
in der Aula der Universität am 14. Februar 2018

*Prof. Dr. Bernhard Pörksen*

Medienwissenschaftler,  
Universität Tübingen

*Anke Domscheit-Berg, MdB*

Publizistin und Politikerin,  
Fürstenberg / Havel

*Julia Krüger*

Politikwissenschaftlerin und freie  
Autorin bei netzpolitik.org

*Prof. Dr. Volker Lüdemann*

Hochschule Osnabrück,  
Leiter des Niedersächsischen  
Datenschutzentrums (NDZ) –  
Gesprächsleitung

*Volker Lüdemann:* Es ist noch nicht lange her, dass unter der Sonne Kaliforniens Internetpioniere und ›Computer-Hippies‹ eine fast ungeheuerliche Vision entwarfen und eine Aufbruchsstimmung entfachten, die bis heute andauert. Es ging um nichts weniger als eine bessere und gerechtere Welt: das *Internet* als Ort der Verheißung. Schwärmerisch pries der US-amerikanische Sozialwissenschaftler *Howard Rheingold* dessen emanzipative, demokratisierende und befreiende Effekte. Da wir uns im Internet nicht sehen können, so Rheingold, verlieren Nationalität, Hautfarbe, Status, Geschlecht, Aussehen an Bedeutung – das war die Hoffnung. Diskriminierungsfreie Begegnung und Kommunikation wären damit endlich möglich. *Jürgen Habermas'* vielzitierte Vorstellung eines »herrschaftsfreien Diskurses«, bei dem allein das bessere Argument den Ausschlag gibt, schien in greifbare Nähe gerückt.

Das Internet sollte nach den ursprünglichen Vorstellungen aber nicht allein die Kommunikations- und Diskurskultur verbessern. Auch politische Hoffnungen waren damit verbunden, etwa einer ›Herrschaft der Vielen‹ anstelle der Herrschaft weniger. Man setzte auf den Einzelnen als Mitgestalter der vernetzten Welt und seine Fähigkeit, in nichtorganisierten und nichthierarchischen Gruppen ›Schwarmintelligenz‹ und politische Macht zu mobilisieren. Diese politische Komponente,

ein Lebensgefühl, brachte das Nachrichtenmagazin *TIME* in einer berühmt gewordenen Titelseite im Jahr 2006 zum Ausdruck. Es begrüßte damals seine *Leser* als *Person of the Year* im anbrechenden Informationszeitalter in ›ihrer‹ Welt, in der jeder Einzelne die Kontrolle über das Informationszeitalter ausüben könne.

Von dieser Anfangseuphorie ist heute wenig geblieben. Ernüchterung ist eingeleitet, sowohl in kommunikativer als auch in politiktheoretischer Hinsicht. Die Kommunikation hat sich zwar verändert, aber ganz anders als gedacht. Es gibt zwar viel Sinnvolles und Wunderbares in den Sozialen Medien und in der Bloggersphäre. Das Internet ist aber auch zu einem Ort geworden, wo Hassreden, Desinformation, Diskursanarchie, Verschwörungstheorien und mangelnde Toleranz gegenüber Andersdenkenden zum Alltag gehören. Die Anonymität zeigt ihre Schattenseiten. Sie enthemmt. Und wir werden gleichzeitig Zeuge davon, welche Möglichkeiten Soziale Medien bieten, um Meinungen und Stimmungen zu manipulieren. Etwa durch Internet-Trolle und *social bots*, die uns Kommunikation vorspielen, die gar nicht existiert. Seriöse Schätzungen vermuten, dass mittlerweile die Hälfte des Internetverkehrs auf Roboter zurückzuführen ist. Sie lesen, schreiben, setzen *likes* und verbreiten durch ›teilen‹ Inhalte weiter. Diese Erkenntnisse bestimmen vielfach die Diskussion und unsere Sicht auf die Dinge. Vor allem im deutschen Feuilleton sind digitale Medien ähnlich negativ besetzt wie *Darth Vader*.

Auch in politiktheoretischer Hinsicht haben sich die an das Internet geknüpften hohen Erwartungen nicht erfüllt. Das Internet ist bislang nicht zum Hort der Partizipation geworden. Es gilt die 1%-Regel: 90% schweigen, 9% beteiligen sich gelegentlich und 1% beherrscht lautstark die Bühne. Wir müssen erkennen, dass die Ausbreitung der Desinformation, insbesondere in Netzwerken wie Facebook und Twitter, zu einer echten Herausforderung bzw. möglicherweise zu einer Bedrohung für unsere Demokratie wird.

Mit einer Vorhersage haben die Vordenker des Internets allerdings recht behalten: Die Masse der ›vernetzten Vielen‹ ist ungeheuer wirkungsmächtig geworden. Die vernetzten Vielen stürzen Politiker, initiieren Kampagnen, betreiben Selbstjustiz und jagen Verbrecher; sie kritisieren klassische Medien, veranstalten grausame Mobbingespektakel und schaffen Gegenöffentlichkeit. Es ist eine neue Macht- und Einflussosphäre entstanden, für die *Bernhard Pörksen* den neuen Begriff der ›fünften Gewalt des digitalen Zeitalters‹ verwendet; eine Gewalt, die sich vor die klassischen Staatsgewalten Legislative, Judikative und Exekutive sowie die sogenannte ›vierte Gewalt‹ des klassischen Journalismus geschoben hat. Um diese ›fünfte Gewalt‹ soll es heute gehen.

Nach welchen Mustern funktioniert diese Masse der Vielen? Steht dort das Gemeinwohl im Vordergrund? Oder haben wir es mit Partikularinteressen von medial Dauer-Erregten und Empörung-Junkies zu tun? Wie fügt sich die ›fünfte Gewalt‹ in die bestehende Gewaltenteilung ein? Welche Macht haben die sozialen

Plattformen, die diese Masse der vernetzten Vielen tragen, kontrollieren oder steuern? Bietet die stürmische Entwicklung digitaler Kommunikation mehr Chancen oder mehr Risiken? Setzen staatliche Gesetze einen hinreichenden Rechtsrahmen, sodass die Meinungsfreiheit den Persönlichkeitsschutz gewährleistet? Bedarf es einer Regulierung des entfesselten Diskurses?

*Bernhard Pörksen:* Ziemlich genau vor 30 Jahren wurde im kalifornischen Sausalito – irgendwo zwischen ein paar Hausbooten und Schuppen – die erste *online*-Gemeinschaft der Welt gegründet. Es waren Hippies, die von ihren Reisen aus Indien und von den amerikanischen Landkommunen zurückkamen und ihre Ideale von Verbundenheit, Nähe, Austausch, Basisdemokratie und Liebe in die neue, digitale Zeit tragen wollten. Howard Rheingold war Begründer und Mitglied dieser ersten *online*-Gemeinschaft und Erfinder des Begriffs ›virtuelle Gemeinschaft‹. Er war der Ansicht, dass im Netz eine neue Verbundenheit entstünde, da wir nicht sehen können, welchen Status, welche Hautfarbe, welches Geschlecht jemand hat. Merkmale wie Klasse, Hautfarbe, Nationalität oder Geschlecht würden in unserer Kommunikations- und Begegnungsgemeinschaft nicht mehr wichtig sein.

Es ist ganz anders gekommen: Heute, so werden Mentalitätshistoriker einmal sagen, haben wir den ersten Internet-Troll, der gleichzeitig Präsident einer Supermacht ist. Ein Mann, der Behinderte verspottet, Frauen verachtet und mit seinen Atomsprengköpfen via Twitter einem nordkoreanischen Diktator droht. Heute ist PEGIDA ein *like*-Wunder auf Facebook, heute diffundieren *fake news*, Verschwörungstheorien und plötzlich heiß laufende Gerüchte durch die sozialen Netzwerke.

Was ist passiert bei diesem Wechsel von der Euphorie vor 30 Jahren hin zur Ernüchterung, von der Utopie eines Diskurses hin zu einer Dystopie? Man könnte antworten, dass wir nun einmal in dramatischen Zeiten leben: Der drohende Zerfall Europas, die Wiederkehr des Nationalismus, die Erfolge von Populisten in vielen europäischen Ländern, das Nachbeben der Finanzkrise, die flüchtenden Menschen, der Krieg in Syrien, die Terrorattentate. All das sind Ereigniseffekte, so könnte man sagen, die diesen Stimmungsumschwung bewirkt haben und diesen Austausch der Zeichen von der Utopie zur Dystopie erklärbar machen. Aber jenseits dieser Ereigniseffekte, die man nicht geringschätzen sollte, gibt es noch etwas anderes, etwas, das man als *medialen Tiefeneffekt* bezeichnen könnte. Diese medialen Tiefeneffekte sind die Ur-Ursache des kommunikativen Klimawandels, den wir heute erleben.

Ich möchte zwei medienwissenschaftliche Begriffe vorstellen, um diese Veränderung des Kommunikationsklimas fassbar zu machen. Mit dem Begriff *Disintermediation* ist gemeint, dass man heute die *gatekeeper* – die Schleusenwärter am Tor zur öffentlichen Welt – umgehen kann, denn die klassischen *gatekeeper*

in Gestalt von Zeitungen und Massenmedien sind schwächer oder verzichtbar geworden. Ein zweiter Begriff ist der der *Hyperintermediation*. Damit ist die Durchdringung der Welt durch Netzwerkeffekte gemeint: Medien sind überall, es gibt eine Urstruktur der Vernetzung, die wir als Einzelne, die medienmächtig geworden sind, zu reizen vermögen. Wir haben das seltsame Paradox, gleichzeitig eine Disintermediation *und* eine Hyperintermediation zu erleben: Klassische Medien werden schwächer; Medieneffekte werden stärker.

Ein kurzer Illustrationsversuch der Ur-Ursachen und drei Trenddiagnosen dieses Prozesses des kommunikativen Klimawandels:

Erste Trenddiagnose: Es tauchen neue ›Enthüller‹ auf, mal als Einzelne, mal regiert der Mob, mal Blogger, mal Freiheitsaktivisten des Arabischen Frühlings, mal wütende Doktoranden, die die Dissertation eines Verteidigungsministers vor aller Augen auseinandernehmen, mal ein 9-jähriges Mädchen, das über ihr entsetzliches Schulessen bloggt. Die klassische ›vierte Gewalt‹ des Journalismus hat Gesellschaft bekommen durch eine ›fünfte Gewalt‹ der vernetzten Enthüller.

Zweite Trendmeldung: Wir erleben im Moment eine ›neue Sichtbarkeit‹, und das erschüttert den politischen Prozess erkennbar. Zwischen den Jahren 1933 und 1945 war *Franklin D. Roosevelt* Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Aufgrund einer Kinderlähmung war er an den Rollstuhl gefesselt und konnte nicht gehen. Dennoch war die Mehrheit der Amerikaner der festen Überzeugung, dass ihr Präsident gehen könne. Es gab zwischen 1933 und 1945 nur drei Fotos, die ihn im Rollstuhl zeigten. Wenn er eine Rede hielt, ging der Vorhang erst auf, wenn man ihn an das Pult geschoben hatte und er sich dort im Klammergriff festhielt. Gelegentlich gab es den Moment, in dem sich ein Gang durch die Menschenmenge – oder die Simulation eines solchen – nicht vermeiden ließ. Dann trug er schwere Eisenschienen, die in der Hose verborgen waren und seine Beine aufrecht hielten. Er klammerte sich scheinbar gelassen lächelnd an einen Freund, der ihn sukzessive nach vorne schob. »Ich bin ein großer Schauspieler«, sagte er einmal, und wenn Journalisten ihn fotografierten, ließ er ihnen die Kameras wegnehmen und die Filme zerstören. Nur drei Fotos zwischen 1933 und 1945 gibt es von ihm und keinen einzigen Film! Erst 2013 entdeckte ein Wissenschaftler eine Filmsequenz von 13 Sekunden. – Und wie ist es heute? Ich erinnere an den 11. September 2016, als *Hillary Clinton* während einer Gedenkfeier für die Opfer des 11. September 2001 übel wird und sie zusammensackt. Schon 20 Minuten nachdem sie die Feier verlassen hat, gibt es auf Twitter die ersten Nachfragen von Journalisten, wo Hillary sei. Zwei Stunden später ist das Smartphone-Video, das ihren Kollaps und die Mitarbeiter, die sie in ihren Wagen begleiten, zeigt, weltweit verbreitet. Die Meldung »*Hillary Clinton collapses*« wird zum Twitter-Trend Nr. 1. Die Kollateralschäden dieser ›Sofortsichtbarkeit‹ sind heute unmittelbar als Drohkulisse im politischen Prozess zu erleben. Alles wird sofort für alle sichtbar. Dies

tut einem politischen Prozess nicht gut, der auf eine ausgewogene Diskussion setzt, die auch Diskretion und die Schonräume von Intransparenz braucht.

Die dritte Trendmeldung ist die einer *neuen Form der Gemeinschaftsbildung*, eigentlich eine wunderbare Nachricht. Alle können sich miteinander vernetzen und austauschen. Es können Menschen zueinander finden, die an einer seltenen Krankheit leiden und sich unterstützen; es können Menschen mit einem obskuren



Bernhard Pörksen

Hobby zusammenfinden. Es können sich aber auch die Giftzwerge des Universums die Hand reichen. Und hier beginnt die grandios gute Nachricht der Vernetzungsmöglichkeit böse zu schimmern. Es können diejenigen zusammenkommen, die meinen, dass wir in einer »Merkeldiktatur« leben, dass Flüchtlingsheime brennen sollten oder dass Impfungen Autismus erzeugen. Sie

können zusammenfinden und sich hinein *googlen* in ihr eigenes Selbstbestätigungsmilieu. Und sie können sich in eine Mehrheitsillusion hinein hypnotisieren, wahlweise nach einem Motto wie etwa: Wir sind doch viele! Das ist genau das, was ich auch denke und glaube! Und warum wird unsere Sicht der Dinge nicht in den klassischen Medien repräsentiert? – Unter solchen Bedingungen wird die gefühlte Repräsentationskrise zur kommunikativen Normalität. Das ist der eine Effekt. Und diejenigen, die nicht zu dieser Gruppe gehören, werden konfrontiert mit dieser Geistesverfassung jener, die vorher nicht sichtbar waren und sich nicht verbünden konnten. Das ist der andere Effekt.

Was bedeutet das alles und was folgt daraus? Etwa ein Bildungsauftrag? Oder ein Ruf nach neuen Gesetzen? Was soll man tun, um eine andere, respektvollere, friedlichere Art des Austausches zu praktizieren? Das sind Fragen, auf die wir nach Antworten suchen müssen.

*Anke Domscheit-Berg:* Nachdem bereits einiges Kritische über Kommunikation, soziale Netze und Interaktion gesagt worden ist, möchte ich zunächst über die positiven Möglichkeiten der Netzpolitik sprechen, die heute und künftig auch bestehen. Denn tatsächlich haben sich Machtverhältnisse verändert, ja auf den Kopf gestellt. Noch nie in der Geschichte der Menschheit konnte ein einzelner Mensch so viel bewegen, wie das heute mithilfe des Internet möglich ist. Geradezu eine Kulturtechnik des digitalen Zeitalters ist das *leaking*. Und es gibt das *whistleblowing*, mit dem Einzelne wie *Chelsea Manning*, *Julian Assange* oder *Edward Snowden* weltweit Schlagzeilen gemacht und Einfluss auf das Geschehen dieser Welt genommen haben. Mein Mann hat zusammen mit Julian Assange *Wikileaks* aufgebaut. Lange Zeit waren sie nur zu zweit und haben große Bankhäuser wie *Julius Baer* in die Knie gezwungen.

Es gibt inzwischen Kampagnen wie *Black Lives Matter*, *Time's Up*, *#MeToo* und viele andere, die zuerst über soziale Netze verbreitet wurden, von Menschen, die in Not waren und ihre Nöte im Internet öffentlich gemacht und sich so gegenseitig verstärkt haben. Sie haben so eine Macht gewonnen, dass sie den Diskurs prägen konnten, internationale Debatten erzwungen und am Ende auch die klassischen Medien beherrscht haben. Es entstanden internationale Vernetzungen wie der *Women's March*, nachdem ein Sexist US-Präsident wurde.

Weltweit gingen 5 Millionen Frauen auf die Straße und haben überall auf der Welt pinkfarbene *pussy hats* gehäkelt und gestrickt. *#MeToo* war nicht nur ein Hashtag, sondern hat etliche Köpfe rollen lassen, die sehr mächtig waren und als unantastbar galten. Keiner kann mehr sicher sein, wenn er sich an Frauen vergreift, bloß weil er die Macht dazu hat. Bei *Time's Up* gibt es eine Solidarisierung mit Betroffenen gegen Sexismus und Übergriffe. Dabei ging es nicht nur darum, dass alle Frauen beim *Golden Globe* schwarze Kleider tragen sollten. Dazu gehört auch, dass man einen Millionenfonds aufgelegt hat zur anwaltlichen Unterstützung für Frauen auf der ganzen Welt, nicht nur aus der Filmbranche, um sich gemeinsam zu wehren.

Das Internet ist ein Sprachrohr für Minderheiten geworden: Vielleicht kennen Sie *Julia Probst*, die unter dem Namen *@EinAugenschmaus* twittet und über 34.000 Follower hat. Als Gehörlose hat sie es geschafft, für dieses Thema Aufmerksamkeit zu schaffen. Und sie hat nicht nur erreicht, am Drehbuch für einen *Tatort*-Krimi mitarbeiten zu können; sie hat auch erreicht, dass die Ansprache der Bundeskanzlerin zum Jahresende inzwischen auch in Gebärdensprache ausgestrahlt wird. Im Sommer 2014 gab es die *Ice Bucket Challenge*, die sich über ein Hashtag verbreitete, um Aufmerksamkeit für die wenig erforschte Krankheit ALS zu wecken, und zu 115 Mio. Euro Spenden geführt hat. Das war ein Vielfaches dessen, was vorher für die Erforschung dieser Krankheit verfügbar war. Es gab immer wieder Internet-*shitstorms* gegen Organisationen, etwa als die Firma Otto ein unsägliches T-Shirt ausschließlich für 2-10-jährige Mädchen anbot, auf dem

gedruckt war: »In Mathe bin ich Deko«. Aufgrund des *shitstorm* ist das T-Shirt aus dem Programm genommen worden.

Aber tatsächlich gibt es auch für Hass und Hetze neue Räume und neue Macht. Wir sehen im virtuellen Raum fehlende Empathie, fehlende direkte soziale Interaktion, und viele schweigen dort einfach. Die Schweigenden sind aber nicht sichtbar. Ich sehe nur die, die teilen und *liken*. Das wirkt dann auf mich so, als wären sie alle meiner Meinung. Dies alles verbindet sich mit einer hoffnungslos ineffektiven Strafverfolgung. Man



Anke Domscheit-Berg

hat den Eindruck, dass Dinge, die eigentlich verboten sind, im Internet erlaubt sind. Da werden Vergewaltigungs- und Morddrohungen ausgestoßen, und es passiert – fast nichts. Ich selbst habe mehrfach Anzeige erstattet. Keine einzige davon ist vor Gericht gelandet, geschweige denn, dass es zu einer Verurteilung gekommen wäre.

Anlässe waren persönliche Angriffe, die sehr verletzend sein können, und ich bin der Ansicht, dass dort geltendes Recht durchgesetzt werden sollte. Aber das geschieht nicht. Solche Angriffe richten sich oft

gegen Frauen und Minderheiten. Und die Hemmschwelle für physische Gewalt sinkt: Aus Worten werden Taten. Worte sind der Humus, auf dem physische Gewalt entsteht. Wut, Ärger, Protest erzeugen mehr negative Energie, als wenn man einfach etwas okay findet. Diejenigen, die hassen, bringen so viel Energie auf, jedem ihren Hass mitzuteilen. Dadurch haben wir oft einen ganz falschen Eindruck vom Seelenzustand unserer Gesellschaft.

Der Einzelne hat zwar durch das Internet mehr Macht, Verhältnisse zu ändern, aber auf der anderen Seite zugleich werden existierende Machtverhältnisse zementiert. Untersuchungen zeigen, dass ca. 90% des Hasses im Netz von Männern verbreitet werden. Eine Rechtsanwältin, die hauptsächlich mit Fällen häuslicher Gewalt gegen Frauen zu tun hat, sagte mir, dass heute 100% ihrer *stalking*-Fälle von häuslicher Gewalt mit digitaler Gewalt verknüpft sind. Die betroffenen

Frauen werden überall hin verfolgt. Vor dieser Art von Gewalt schützt auch nicht die Flucht in ein Frauenhaus. Ihr Handy wird ihnen gefährlich, weil man es orten und sie dann verfolgen kann. Sie können mit ihrer Adresse und Fotos geoutet werden. Das ist ein sehr großes Problem. Zum Thema ›digitale Gewalt‹ vor allem gegen Frauen gibt es aber bisher kaum Daten.

Warum wirken soziale Netze so? Und wirken sie auch über das Individuum hinaus? Soziale Netze werden bekanntlich durch Werbeeinnahmen finanziert. Bezahlte wird die Verbreitung von Werbung, und diese gilt als umso wirkungsvoller, je höher die Klickrate der Website ist, auf der sie erscheint. Was aber produziert hohe Klickraten? Das ist das, was die Menschen am meisten emotional bewegt, also Wut, Protest und Ähnliches. Was aufgrund gemeinsam geteilter Aversionen hohe Klickraten erzielt und dadurch die meiste bzw. teuerste Werbung bekommt, sorgt damit für große Einnahmen. Allein dieses Finanzierungsmodell der sozialen Netzwerke produziert eine gefährliche Bevorzugung und Verschärfung des Negativen. Darüber hinaus gibt es ›Filterblasen‹, die die Realität verfälschen. Leute, die in solchen homogenen Gruppen ihre Meinungen äußern, bilden sich ein, dass das dort Geäußerte die Mehrheitsmeinung sei. Gesellschaft und Demokratie können dadurch beeinflusst werden, ja gefährdet sein, vor allem dann, wenn technische Möglichkeiten der Einflussnahme hinzukommen. Dann stehen nicht mehr Menschen, die sich ärgern, hinter den Meinungsäußerungen, sondern digitale *bots*, wie sie die russische Regierung eingesetzt hat, um die amerikanischen Wahlen zu beeinflussen. Facebook und Twitter haben mitgeteilt, dass in Zusammenhang mit der Präsidentschaftswahl 126 Millionen Amerikaner – und somit jeder zweite Wahlberechtigte – mit *fake accounts* oder *fake posts* von russischer Seite konfrontiert waren.

Was kann, was muss der Staat angesichts dessen tun? Der Bundestag hat im letzten Jahr das sogenannte *Netzwerkdurchsetzungsgesetz* verabschiedet, das seit Januar 2018 gilt. Das Gesetz hat durchaus gute Anteile, u.a. den, dass die Betreiber sozialer Netzwerke einen nationalen verantwortlichen Ansprechpartner benennen müssen. Das ermöglicht Strafverfolgungsbehörden, offizielle Schreiben verlässlich zuzustellen, was bisher nicht möglich war. Es schreibt auch vor, transparente Beschwerdeprozesse einzurichten und eine Berichtspflicht über deren Umsetzung. Damit erschöpfen sich die positiven Aspekte, denn das Gesetz sieht auch eine negativ zu beurteilende Privatisierung der Rechtsdurchsetzung vor. Die Beurteilung von Beschwerden und Klagen sowie deren Umsetzung wird damit an die amerikanischen privatwirtschaftlichen Plattformen *outgesourced*. Diese Unternehmen können solche Verfahren mengenmäßig kaum bewältigen. Denn die feinen Linien im Graubereich zwischen Meinungsfreiheit und strafbarer Äußerung zu ziehen, ist äußerst komplex und selbst für ordentliche Gerichte schwierig und oft langwierig. Gleiche Aussagen können in anderen Kontexten und zu anderen Zeitpunkten sehr unterschiedlich bewertet werden. Facebook hat jede Woche

mehrere Hunderttausende solcher Meldungen zu bearbeiten und nimmt diese Bewertungen mithilfe von Algorithmen automatisiert vor, weil es nicht anders geht. Algorithmen irren sich aber oft, weil sie z.B. nicht zwischen Ernst und Satire unterscheiden können. Und da, wo Menschen eingesetzt werden, sind es nicht hochqualifizierte Juristen, sondern schlecht ausgebildete und schlecht bezahlte Call-center-Mitarbeiter. Bei Facebook haben sie nicht einmal 30 Sekunden Zeit, um einen Zweifelsfall zu beurteilen. Das kann nur schiefgehen. In vielen Fällen kam es dabei zu einem sogenannten *overblocking*, bei dem die Grenzen der Meinungsfreiheit falsch gezogen wurden. Um hohe Bußgelder zu vermeiden, haben die Unternehmen geradezu willkürlich alles gelöscht, was gemeldet worden war. Inzwischen gibt es allein in Deutschland 30 Millionen aktive Facebook-Nutzer. Blockiert man einfach einige davon oder wirft sie raus, weil sich jemand über einen *post* beschwert hat, dann sperrt man diese Menschen aus einem wesentlichen Interaktions- und Diskursraum, der heute zur Demokratie gehört, einfach aus.

Ich sehe dennoch bei den Unternehmen eine große Verantwortung, die von ihnen derzeit nicht ausreichend wahrgenommen wird. Zu viel digitale Gewalt und Drohungen werden dort einfach toleriert. Diese Unternehmen müssen sich fragen, ob sie nicht ihr Geschäftsmodell ändern müssen, weil es strukturell zu negativen Begleiterscheinungen führt. Am Ende wird das Geld entscheiden: Einige sehr große Werbefinanzierer sind inzwischen selbst mit dem derzeitigen Geschäftsmodell der sozialen Medien nicht mehr einverstanden.

Vom Staat erwarte ich sensiblere Gesetze. Ich möchte aber auch, dass der Staat Anonymität schützt, denn die nützt vor allem gefährdeten Individuen. Die Antwort ist nicht, dass alle nur noch mit Namen und Personalausweis posten dürfen. Vor allem ist es aber eine gesellschaftliche Aufgabe, zu lernen, innerhalb der digitalen Gesellschaft empathisch zu sein. Das ist eine Herausforderung für die Spiegelneuronen jedes Einzelnen. Der Mensch hat in Millionen von Jahren seiner Gattungsgeschichte schon eine Menge gelernt. Wir müssen es schaffen, den unsichtbaren Menschen uns gegenüber als Menschen wahrzunehmen. Und wir sollten uns unserer Rolle als Zuschauer bewusstwerden. Ein *post* kann noch so hässlich, bösartig und strafrechtsverletzend sein – wenn niemand ihn *liked* oder teilt, ist sein Einfluss praktisch gleich Null. Auf diejenigen, die teilen und *liken*, achten wir zu wenig, wie auch auf die, die etwas bemerken, aber nichts tun. Wir alle sollten uns überlegen, wie wir uns dort mehr einschalten können.

*Julia Krüger:* Als ich anfang, mich mit Netzpolitik zu beschäftigen, galten digitale Inhalte und digitale Medien als nicht kontrollierbar. Aber schon 2008/2009 wurde in Deutschland über die Möglichkeit der Netzsperrung diskutiert. 2010 kam das Zugangerschwerungsgesetz, das dem Kampf gegen Kinderpornographie dienen sollte. *Ursula von der Leyen* setzte sich sehr für sogenannte Netzsperrungen ein. Es

sollte ›Stoppschilder‹ im Internet geben, die den Zugang zu solchen Inhalten verhindern. Dagegen gab es großen Widerstand von verschiedenen Akteuren. Ihnen ging es um ein freies Internet, um die Abwehr von Zensur und Wahrung der Grundrechte wie Selbstbestimmung im Internet. Im Grunde aber gingen alle davon aus, dass die Regulierung von Inhalten im Internet unmöglich sei und weitere Maßnahmen aufgrund ihrer Ungenauigkeit ineffektiv wären, da sie leicht zu umgehen seien. Internetinhalte und digitale Medien sind, so hieß es damals, nicht kontrollierbar, da das Netz eine globale Reichweite hat und größtenteils privater Verfügungsgewalt unterliegt.

Inzwischen hat sich einiges geändert. Seit 2000 erleben wir den Aufstieg der großen Netzwerke, heute vor allem Twitter, Google, YouTube und Facebook. Diese Netzwerke ermöglichen nicht nur Interaktion und Kommunikation, sie zentralisieren vor allem ganz stark deren Inhalte. Sie akquirieren, selektieren und regulieren sie.

Im Unterschied zu den etablierten Medien geht es ihnen nicht darum, eine ausgewogene Auswahl von Information oder deren breite Vielfalt zu gewährleisten. Es geht um die Personalisierung von informationellen Umgebungen, also Informationsräumen, in denen Daten



Julia Krüger

und Algorithmen eine große Bedeutung zukommt. Der Verwaltungswissenschaftler *Klaus Lenk* hat es 2017 treffend formuliert: »Die Maschinen ›lernen‹, was ich will, und sagen mir dann, was ich wollen soll«. Das Problem ist aber, dass großenteils unklar ist, wie das funktioniert. Klar ist, dass die Präferenzen von Nutzern, mithin die Interaktion von Nutzern und Algorithmen, dabei eine Rolle spielen. Unklar ist, wie das genau zusammenwirkt. Eine der wenigen dazu existierenden Studien heißt *Exposure to ideologically diverse news and opinion on Facebook* und wurde von Facebook-Mitarbeitern selbst verfasst.<sup>1</sup> Die Studie sollte eigentlich nachweisen, dass Menschen einen größeren Einfluss haben als Maschinen bzw. Algorithmen. Das gelingt auch, aber ich war überrascht zu lesen, welchen großen Einfluss Algorithmen haben. Bei Facebook werden im *newsfeed* generell 5-8% der Inhalte herausgefiltert, und die Vielfalt der Inhalte verringert sich weiter

durch das Ranking. Zum einen geht es also darum, welche Inhalte überhaupt angezeigt werden, und im Weiteren darum, auf welchen Positionen diese stehen. Die meisten Leute schauen sich ohnehin nur die ersten 10 bis 20 *posts* ihres *newsfeed* an. Die Reduktion der Vielfalt von Inhalten erreicht bei Facebook bis zu 17%. An manchen Stellen ist die Studie leider unklar und nicht repräsentativ. Untersucht wurden nur Nutzerinnen und Nutzer, die Facebook häufig nutzten und sich zudem ideologisch eindeutig identifiziert hatten. Bei weniger signifikanten Nutzern dürften diese Effekte eher noch größer sein. Mir ist klar geworden, wie groß der Einfluss von Algorithmen auf Online-Diskurse und damit auf die Fragmentierung von Öffentlichkeit tatsächlich geworden ist. Früher gaben Medien einen einheitlicheren Überblick über aktuelle Ereignisse wieder. Heute weiß niemand, was auf fremden Handys zu sehen ist.

Wenn bei jedem *newsfeed* bis zu 17% der Vielfalt reduziert wird – stündlich, täglich, immer –, entstehen massiv ›Echokammern‹, Räume, die den Menschen nur solche Informationen zukommen lassen, die zu denen passen, die sie schon kennen und mögen. Man muss befürchten, dass sich langfristig sehr unterschiedliche, inkompatible Weltansichten, Problemwahrnehmungen und Sprachen entwickeln – ein ›Turmbau zu Babel‹ entsteht, der gesellschaftliche Kooperation unmöglich macht. So können diese Algorithmen zur weiteren Radikalisierung der Öffentlichkeit führen und damit zu massiven Konflikten innerhalb der Gesellschaft.

Wozu und warum geschieht das Ganze eigentlich? Eine bereits gegebene Antwort lautet, dass die Internet-Plattformen schlicht um des Profits willen betrieben werden, den sie abwerfen, und deshalb möglichst viele Nutzerinnen und Nutzer halten wollen. Aber es können auch andere Interessen dahinterstecken. Die Algorithmen sind, wie gesagt, zum Teil unklar, haben aber einen bedeutenden Anteil am Informationsweg. Ein Beispiel, an dem der Einfluss von Daten und Algorithmen gut erkennbar wird, ist die systematische Etablierung rechtsalternativer Medien und Seilschaften im Netz. Wie eine Studie aus dem *Columbia Journalism Review* von Yochai Benkler, Robert Faris und Ethan Zuckerman aus dem Jahr 2017 zeigte, wurden hier systematisch soziale Netzwerke als Raum genutzt, um hochpolitische Inhalte über Bots zu verbreiten. Aber es sind nicht nur automatisierte Computerprogramme, die zu einer Verstärkung des sogenannten ›white noise‹ beitragen. Eine Studie von Jonathan Albright aus dem Jahre 2016 zeigte, dass gleichfalls sogenannte ›Linkmuster‹ von konservativen Akteuren gezielt dazu genutzt wurden, rechtskonservative Inhalte in Suchmaschinen und anderen Intermediären hoch zu *ranken*. Solche Phänomene haben in den digitalen Medien eine wichtige Rolle eingenommen, aber wir stehen vermutlich erst am Beginn dieser Entwicklung. Seitdem die ›Hassrede‹ als Problem erkannt ist, hat die Politik mit rechtlichen Mitteln versucht, solchen Algorithmen beizukommen. Doch das ist bisher nicht gelungen.